



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 20.05.2016 Seite 27

NZZ_20160520_27.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch

Ein Herz für Giesser

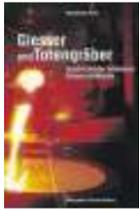
Eine Industrie – vier Generationen

GIORGIO V. MÜLLER

Für einen geschichtlichen Abriss und eine umfassende Übersicht über die Giessereien in der Schweiz kann man sich wohl kaum einen geeigneteren Verfasser als Hanspeter Britt vorstellen. Der 75-jährige diplomierte Giesserei-Ingenieur ist der jüngste Spross einer sich über 150 Jahre und vier Generationen erstreckenden Giesser-Dynastie aus dem Glarnerland. Detailliert und mit erhellenden Episoden gespickt, erzählt der Autor Schritt für Schritt die Entwicklung von einer einst mächtigen Schlüsselindustrie zu einer serbelnden Branche, in der nur noch wenige, stark automatisierte Spezialgiessereien überlebt haben. Heute arbeiten in der Schweiz in den knapp 50 Giessereien noch rund 2700 Personen, vor 35 Jahren gab es in den über 100 Schweizer Giessereien mehr als das Dreifache an Stellen.

Roter Faden Familienchronik

Der rote Faden des spannend zu lesenden Geschichtsbuchs bilden die Biografien von Britts drei Vorgängern. Jedem ist ein Kapitel gewidmet, weil jede Wirkungszeit des jeweiligen Protagonisten



Hanspeter Britt: **Giesser und Totengräber. Geschichte der Schweizer Giessereiindustrie.** NZZ Libro, Zürich 2016. 256 S., Fr. 48.–.

von einem einschneidenden Makrotrend überlagert wurde: die Periode des Urgrossvaters – und Teilzeit-Totengräbers – bis Mitte des 19. Jahrhunderts (Industrialisierung), des Grossvaters (Mechanisierung), des Vaters (Automatisierung) und schliesslich des 1940 geborenen Verfassers, der das Handwerk von der Pike auf gelernt hat; er hat in Deutschland Giesserei-Ingenieur studiert und danach in vielen namhaften Schweizer Giessereien leitende Funktionen eingenommen. Das Schicksal wollte es, dass er 1977 als Giessereichef in das von seinem Grossvater in Biel gegründete Werk zurückkehrte.

Die Sicht des Brancheninsiders hat für den Leser den Vorteil, dass er hautnah die Entwicklungen, welche die volatile Branche geprägt haben, miterleben kann. Oft, vor allem in den vergangenen Jahrzehnten, befanden sich die inländischen Giessereien vor allem in einem Überlebenskampf, in dem sich nach Ansicht des Autors die unternehmerisch denkenden, mit eigenem Geld engagierten Patrons noch am erfolgreichsten geschlagen haben. Als Grund für die Schliessung der einst namhaften Grossgiessereien von Sulzer, Georg Fischer, Von Roll, Escher Wyss und wie sie alle hiessen nennt Britt das kurzfristige denkende Managertum (die anderen Totengräber); dieses prägte zunehmend die Strategie der Werke und duldet sie bestenfalls als Anhängsel von Maschinenfabriken – bevor sie dann aus finanzieller Not doch geschlossen werden mussten.

Freiheitsliebende Bergler

Als weiterer roter Faden durch das Buch ziehen sich die ähnlichen Charaktere der unnachgiebigen «Britten» vom Kerenzerberg (GL), die sich bei ihren beruflichen Aktivitäten stets voll engagierten, von keiner Aufgabe zurückschreckten, aber ihren Weg offenbar auch kompromisslos gingen, was Opfer forderte. Die Trennungen von den jeweiligen Chefs erfolgten deshalb selten in holdem Einvernehmen. Doch ohne diese Dickköpfigkeit der Protagonisten gäbe es in der Schweiz gar keine Giessereien mehr. Lange konnte man die hohe Giessetechnik nur in Deutschland erlernen, seit 2010 ist dies zum Teil auch an der Fachhochschule Nordwestschweiz möglich. Das Buch kann deshalb nicht zuletzt als Plädoyer für den Industriestandort Schweiz gelesen werden, der Mut macht, trotz Widrigkeiten nicht aufzugeben.

Demontage der Kostenmiete

Wie sinnvoller Mieterschutz aussehen müsste

Das Mietrecht soll die Mieter vor missbräuchlichen Mietzinsen schützen. Mit der Kostenmiete gelingt dies jedoch mehr schlecht als recht. Der Zeitpunkt für eine Reform wäre günstig – bevor die Zinsen und damit auch die Mieten wieder steigen.

ANDREA MARTEL

Die sogenannte Kostenmiete ist ein zentraler Bestandteil des Schweizer Mietrechts. Sie besagt, dass sich der erlaubte Mietzins nach den Kosten des Vermieters inklusive Hypothekarzins richten muss. Was vermeintlich dem Mieterschutz dienen soll, hat jedoch absurde Folgen, sowohl für die Vermieter als auch für die Mieter. Für die Vermieter bedeutet die Vorschrift, dass ihre Mietzins über die vergangenen Jahre ohne jegliche Erhöhungen grösstenteils missbräuchlich wurden – schlicht, weil die Zinsen so stark gesunken sind. Den Mietern hingegen dürften schwierige Zeiten bevorstehen, sobald die Phase ultraniedriger Zinsen ein Ende findet, denn jeder Anstieg des Referenzzinses ist gewissermassen ein Freipass für Mietzinserhöhungen.

Vertragsfreiheit reanimieren

Ist dies der von der Bundesverfassung verlangte Schutz der Mieter vor missbräuchlichen Mietzinsen? Weshalb gibt es diese Kostenmiete überhaupt, und wie liesse sich sinnvoller Mieterschutz besser verwirklichen? Urs Hausmann, ein promovierter Ökonom mit langjähriger Er-

fahrung in der Immobilienbranche, haben diese Fragen über Jahre hinweg umgetrieben – bis er sich entschloss, zurück an die Universität zu gehen und das Schweizer Mietrecht in einer rechtshistorischen Dissertation genaustens zu sezieren.

Sein Befund mit Blick auf die Ursprünge der Kostenmiete ist erstaunlich: Entgegen der heutigen Auffassung wurden nämlich die Einschränkungen bei der Mietzinsgestaltung gar nicht aus Gründen des Mieterschutzes eingeführt. Der Gesetzgeber wollte laut Hausmann vielmehr einen Beitrag zur Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus leisten, vor allem nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Einmal geschaffen, habe



Urs Hausmann: **Vertragsfreiheit im Schweizer Mietrecht von 1804 bis 2014 unter besonderer Berücksichtigung des Mietzinses.** Dike, Zürich 2016. 511 S., Fr. 95.–.

dieses Recht – unabhängig von seinem ursprünglichen Entstehungskontext – dann jedoch die Evolution von weiteren Rechtsnormen wie auch das generelle Rechtsverständnis geprägt: Gesetzliche Schranken, welche die Mietzinsgestaltung auf ein Minimum reduzieren, würden deshalb heute gar nicht mehr hinterfragt, sondern als «normal» und als notwendig erachtet.

Für Hausmann ist es höchste Zeit, das Schweizer Mietrecht auf eine zukunfts-taugliche rechtliche Basis zu stellen, sowohl um den Mieterschutz zu verbessern als auch um die – über Gebühr ersticke

– Vertragsfreiheit im Mietrecht zu reanimieren. Er plädiert unter anderem dafür, den Parteien bei Erst- und Wiedervermietungen, also beim Aushandeln des Anfangsmietzinses, möglichst viel Freiheit zu lassen. Nach Beginn des Mietverhältnisses solle jedoch eine Indexmiete zum Tragen kommen, um das Bedürfnis des Mieters nach einer möglichst vorhersehbaren, bestenfalls stabilen Entwicklung des Mietzinses zu befriedigen. Aus ökonomischer Sicht wäre für Hausmann gar ein während der gesamten Vertragsdauer konstanter Mietzins angezeigt. Dies gehe jedoch wegen der unbefristeten Mietverhältnisse nicht, die man seiner Ansicht nach sinnvollerweise auf zwanzig Jahre befristen sollte.

Günstiges Zeitfenster

Hausmanns Anstoss kommt zur rechten Zeit, denn nach mehreren gescheiterten Versuchen ist der Elan für eine grundsätzliche Revision des Mietrechts vor einigen Jahren trotz anerkanntem Reformbedarf eingeschlafen. Derzeit mag es zwar so aussehen, als ob Mieter und Vermieter mit dem geltenden Recht leben gelernt hätten. Der «Frieden» zwischen den beiden Seiten hat jedoch vor allem mit dem jahrelang rückläufigen Zinsniveau zu tun, das den Anstieg der Mieten gebremst hat. Sobald die Zinswende einsetzt, wird der Ruf nach Massnahmen, welche die «Explosion» bei den Mieten bremsen, sofort wieder da sein. Erst dann zu handeln, wäre fahrlässig, denn dass hoher Zeitdruck keine vorteilhafte Ausgangslage ist, um gute Gesetze zu schaffen, zeigt Hausmanns Blick in die Entstehungsgeschichte des Mietrechts zur Genüge.

Das Protokoll der Ungleichheit

Branko Milanovic sucht eine taugliche Theorie zur Einkommensverteilung

Es genügt nicht, wenn der Kuchen grösser wird. Dessen Verteilung spielt politisch eine zentrale Rolle. In vielen Ländern hat die Ungleichheit zugenommen, doch global sieht das Bild anders aus.

HANSUELI SCHÖCHLI

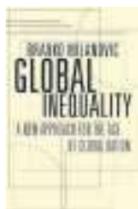
Wenn das fast 1000-seitige Werk eines linken französischen Wirtschaftswissenschaftlers Bestsellerlisten erklimmt und Populärmedien inspiriert, hat der Autor etwas richtig gemacht. Thomas Piketty traf 2013 mit seinem Buch «Le capital au XXIe siècle» den Zeitgeist. Sein Kernthema war die Besorgnis über den Anstieg der Einkommens- und Vermögensungleichheiten in reichen Ländern.

Trendwende nach den 1980ern

Aus globaler Sicht sieht das Bild anders aus. Dies zeigt das neue Buch des langjährigen Ungleichheits-Forschers Branko Milanovic von der Universität New York. Nach den späten 1980er Jahren ist die globale Ungleichheit der Einkommen zum ersten Mal seit der Industriellen Revolution gesunken, wenn sie auch absolut gesehen immer noch sehr hoch ist, wie der Autor betont. Die grössten realen Einkommenssteigerungen seit 1988 (mehr als eine Verdoppelung bis 2011) erreichte demnach der globale Mittelstand – die Gruppe zwischen dem 40. Prozent und dem 60. Prozent der Verteilung. Das sind vor allem die «Globalisierungsgewinner» in Asien; mengenmässig fällt der Mittelstand in China und Indien am stärksten ins Gewicht. Die geringsten Einkommenszuwächse verzeichnete dagegen eine Gruppe weit oben in der globalen Einkommensverteilung (zwischen dem 80. und 95. Prozent); das betrifft vor allem den unteren Mittelstand in den reichen Ländern

Europas und Nordamerikas. – Grob gesagt dürfte die globale Ungleichheit in dieser Darstellung weiter abnehmen, solange China seine Aufholjagd fortsetzt, aber noch unter dem globalen Einkommensdurchschnitt bleibt. Letzteres dürfte sich jedoch bald ändern, so dass eine grössere «Last» für die weitere Reduktion globaler Ungleichheit namentlich auf Indien ruhen wird.

Die globale Betrachtung ist ungewohnt, weil die Realitäten der Politik national sind. Die Einkommensungleichheiten innerhalb vieler Länder hat seit den 1980er Jahren zugenommen. Dies gilt namentlich auch für Staaten im Klub der Reichen (OECD-Länder),



Branko Milanovic: **Global Inequality** Harvard University Press. 300 S. 2016.

nicht oder nur sehr beschränkt aber für die Schweiz, wo bisher keine «Ausdünnung» des Mittelstands ersichtlich ist. Besonders stark ist das Phänomen dagegen in den USA, die den Haupttreiber hinter der angelsächsischen Literatur zur Ungleichheit darstellen.

Die meistgenannten Faktoren hinter Zunahmen der Ungleichheit sind die Internationalisierung der Wirtschaft, wobei beides zusammenhängt. Die im Wesentlichen auch von Milanovic übernommene Metapher dazu geht etwa so: Software-Unternehmer, Finanzkrobaten, Manager, Unterhaltungskünstler, Spitzensportler und andere «Stars» können heute ihre Produkte und Talente viel einfacher global vermarkten und damit enorme Einkommen generieren. Gleichzeitig ist angesichts der hohen internationalen Mobilität der Gewinner

der Spielraum des Staates für progressive Besteuerung beschränkt. Dies gilt auch für die Verhandlungsmacht des Durchschnittsarbeiters und der Gewerkschaften.

Die Kurve gilt nicht mehr

Die alte Theorie zur Ungleichheit wurde daher in den letzten Jahrzehnten zunehmend in Frage gestellt. Laut jener Theorie folgt die Ungleichheit einem umgekehrten «U», nach ihrem Begründer «Kuznets-Kurve» genannt; der wirtschaftliche Fortschritt erhöht zwar zunächst die Ungleichheit, doch diese sinkt in der Folge wieder, vor allem dank der Stärkung des Bildungssystems und sozialstaatlicher Institutionen.

Milanovic geht nicht so weit wie Thomas Piketty, der im Kapitalismus quasi eine natürliche Kraft zur steigenden Ungleichheit sieht, welche nur durch den Staat oder durch Kriege wieder reduziert wird. Milanovic spricht dagegen von «Kuznets-Wellen». In seinem Bild lösen sich Perioden steigender und abnehmender Ungleichheiten ab. An mehreren Orten äussert sich der Autor über die Aussicht und mögliche Treiber einer Trendwende in Richtung abnehmender Ungleichheit innerhalb der reichen Staaten. Ein kohärentes Bild entsteht nicht, was angesichts der Unmöglichkeit, solche Entwicklungen vorauszusagen, auch nicht erstaunen muss.

Letztlich schimmern vor allem ein paar Hoffnungen des Autors durch. Vielleicht werden bessere Bildungssysteme die Position des Mittelstands wieder stärken, vielleicht werden die Regeln der Demokratie mehr Umverteilung von oben nach unten erzwingen (die Ungleichheits-Toleranz der Bürger hat Grenzen), vielleicht werden die Gesetze der Ökonomie Techniksprünge befördern, die künftig eher den relativ billiger gewordenen Normalarbeitern helfen. All dies ist gut möglich. Doch die Zukunft ist ein unbeschriebenes Blatt.

Zentralbanken an die Macht

Mervyn King will das Finanzsystem radikal reformieren

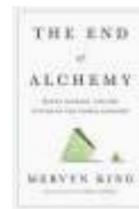
JÜRIG MÜLLER

Wegen einer schnippischen Bemerkung eines chinesischen Zentralbankers hat Mervyn King in seinem Ruhestand nochmals zur Feder gegriffen. Das schreibt der ehemalige Gouverneur der Bank of England in der Einleitung zu «The End of Alchemy». Der 68-jährige Autor erzählt darin eine Anekdote aus Peking. Dort soll ein Notenbankkollege dem englischen Gast erklärt haben, dass der Westen mit seiner Marktwirtschaft durchaus ein Vorbild sein könne; die Sache mit dem Geld und den Banken hätten westliche Ökonomen aber wohl noch nicht richtig in den Griff gekriegt. Dieser Vorwurf ist der Einstieg in ein flott geschriebenes Buch, dem es jedoch an analytischer Schärfe fehlt.

Gefährliche Zentralisierung

Die Kernforderung von «The End of Alchemy» ist eine Reform des Finanzsystems. King befindet, dass die Geldschöpfung durch private Banken neu organisiert werden muss. Die Forderung nach Vollgeld ist ihm zu radikal, doch auch seine Alternative hat es in sich.

Der ehemalige Zentralbanker propagiert eine Abkehr von der Globalsteuerung über einen Referenzzinssatz hin zu einer zentralistischen Feinsteuerung. So sollen Finanzinstitute für alle kurzfristigen Verbindlichkeiten Sicherheiten bei



Mervyn King: **The End of Alchemy. Money, Banking and the Future of the Global Economy.** Little Brown, London 2016. 431 S., £ 14.99.

der Notenbank deponieren. Dabei gelten jeweils unterschiedliche Sicherheitsabschläge («Haircuts»), die von den Zentralbanken festgelegt werden.

Was harmlos klingt, stellt einen massiven Ausbau der Macht von Notenbanken dar: Mit ihren Haircuts beeinflussten die Nachfolger Kings die Finanzierungskosten verschiedener Anlageklassen wie Hypotheken oder Firmenkredite. Die Zentralbankpolitik würde in der Folge nicht mehr nur das allgemeine Preisniveau bestimmen, sondern die relativen Preise in der Ökonomie.

Holzschnittartige Argumente

Parallel zur Kompetenzerweiterung bei den Notenbanken sollen die Regulatoren zurückgebunden werden. Risikogewichtete Kapitalvorschriften seien zu komplex, meint King. Damit hat er nicht unrecht, doch seine Lösung ist etwas arg simpel. Für King braucht es unter dem neuen Zentralbank-Regime nur noch eine einfache Obergrenze für die Verschuldung. Dazu führt er eine Studie der Bank of England ins Feld. So sei vor der Krise der einfache Verschuldungsgrad ein guter Indikator dafür gewesen, wie gefährdet eine Bank war. Was King verschweigt: In der zitierten Studie wird explizit darauf hingewiesen, dass der Verschuldungsgrad so informativ sein könnte, weil er nicht Teil der Regulierung war – wäre er das gewesen, hätten die regulierten Institutionen wohl versucht, die Messgrösse zu «optimieren».

King bedient sich in seinem Buch historischer Rückblicke, persönlicher Erlebnisse, benutzte Fallstudien und Versatzstücke einzelner ökonomischer Theorien. Der Leser steht zunächst einmal staunend vor dieser bunten Tapiserie; tritt er jedoch näher heran, offenbart sich, wie grob die Argumente in das Gesamtwerk verwoben wurden. King gibt einen guten Überblick über die heutige disfunktionale Finanzarchitektur, macht es sich mit seinen Lösungsvorschlägen aber zu einfach. Mit der teilweise holzschnittartigen Argumentation und der fehlenden kritischen Distanz zur Institution der Zentralbank gelingt es ihm am Ende nicht, den berechtigten Einwand seines chinesischen Kollegen auszuräumen.